



Mitteilungen der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den letzten Monaten fanden die Bedenken zum Versorgungsstrukturgesetz der Bundesregierung, dass die ambulante Versorgung kranker Menschen, die psychotherapeutische Hilfe suchen, deutlich schlechter werden könne, in der Fachpresse und den Medien viel Beachtung (z. B. www.zdf.de/ZDFmediathek/hauptnavigation/startseite#/beitrag/video/1401136/Zu-wenig-Hilfe-fuer-psychisch-Kranke). Noch vor der Sommerpause wurde der Gesetzesentwurf vom Kabinett verabschiedet und wird derzeit

in den parlamentarischen Gremien diskutiert. Wir alle sind aufgefordert, unsere Möglichkeiten zu nutzen, dass die Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen wissen, dass unsere Patienten schon jetzt wegen der unzureichenden Anzahl von Psychotherapiepraxen auch in den formal überversorgten Regionen lange auf ein Erstgespräch und eine Behandlung warten müssen. Deshalb darf die Zahl der Psychotherapiepraxen nicht reduziert werden, auch wenn dies nach der aktuell gültigen Bedarfsplanung möglich wäre und von

Krankenkassenseite gelegentlich gefordert wird. So wird uns dieses Thema auch im Herbst weiter beschäftigen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn es uns mit geeinten Kräften gelingen könnte, hier am Gesetzesentwurf noch etwas zu verändern.

*Ihr Kammervorstand
Dietrich Munz, Martin Klett,
Kristiane Göpel, Birgitt Lackus-Reitter,
Roland Straub*

Landespsychotherapeutentag 2011

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens der LPK Baden-Württemberg fand am 9.7.2011 in Stuttgart der 5. Landespsychotherapeutentag statt. Thema war „Zukunft der Psychotherapie – Psychotherapie der Zukunft“. Hierzu konnten namhafte Referenten gewonnen werden, die auf der Basis der aktuellen Forschung Gedanken, Ideen und Visionen zur weiteren Entwicklung der Psychotherapie im Kontext gesamtgesellschaftlicher Prozesse zur Diskussion stellten.

Kammerpräsident Dr. Dietrich Munz eröffnete den Landespsychotherapeutentag und betonte in seiner Rede, dass sich die beiden Berufe des Psychologischen und des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in den letzten zehn Jahren gut etabliert hätten und auch in allen wichtigen Gremien des Gesundheitswesens ernst genommen würden. Munz kritisierte das geplante GKV-Versorgungsstrukturgesetz, nach dem trotz zunehmender Anzahl

psychisch kranker Menschen und langer Wartezeiten eine erhebliche Zahl von Praxissitzen abgebaut werden könnte. In Baden-Württemberg ginge es dabei um bis zu 900 (von ca. 2.700) Psychotherapeutesitzen in den nächsten Jahren.



Sozialministerin Katrin Altpeter

Sozialministerin Katrin Altpeter sprach das Grußwort der neuen grün-roten Landesregierung. Sie gratulierte der LPK zum 10-jährigen Bestehen und hob zunächst die in dieser Zeit sehr gut verlaufene Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium hervor. „Sie haben die letzten zehn Jahre gut genutzt“, unterstrich Katrin Altpeter, u. a.

„um die berufs- und sozialrechtlichen Rahmbedingungen für Ihre Berufsgruppe mit großer Kompetenz mit zu gestalten“. Die Kammer habe schnell die erforderlichen Strukturen aufgebaut und sei daher zu Recht aus der Landschaft der ärztlichen Körperschaften nicht mehr wegzudenken. Insbesondere dankte die Ministerin der Kammer auch für die aktive Mitwirkung an der Umsetzung der Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg.

Ministerin Altpeter kritisierte in Bezug auf das Psychotherapeutengesetz (PsychThG), dass dieses die Bologna-Reform nicht nachvollzogen hätte. Sie sicherte zu, mit weiteren Länderkollegen Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit ein Diplom- oder Masterabschluss als Zugangsvoraussetzung für die Psychotherapieausbildung gesetzlich festgeschrieben werde. Obwohl dringender Reformbedarf bestehe, sei zu befürchten, dass dies in dieser Legislaturperiode

nicht mehr realisiert wird. Hinsichtlich der psychotherapeutischen Versorgung ging die Ministerin auch auf den Entwurf des sogenannten Versorgungsstrukturgesetzes des Bundes ein. Dieses soll am 1.1.2012 in Kraft treten und definiert die bisherige Bedarfsplanung im ambulanten Bereich neu. Wie Frau Altpeter ausführte, sollen die Länder hierbei mehr Einfluss erhalten, und sie betonte, dass ihr „die Sicherstellung einer flächendeckenden und bedarfsgerechten medizinischen Versorgung ein großes Anliegen“ sei.

Da jeder zehnte Krankheitstag auf eine psychische Erkrankung zurückzuführen sei, verwies Altpeter auf die Notwendigkeit, die gesundheitspolitischen Maßnahmen neu auszurichten. Man müsse einen größeren Schwerpunkt auf Prävention und Frühförderung legen und die Lebens- und Arbeitswelt gesundheitsgerechter gestalten. Da die Ausgaben für Gesundheit in Deutschland einen neuen Rekordwert erreicht hätten (2009: circa 280 Mrd. €), sei auch das Thema der Effektivität und Effizienz einzelner Maßnahmen in den Fokus zu nehmen. Die Ministerin begrüßte sehr, dass die LPK dieses wichtige Thema der Gesundheitsökonomie aufgegriffen habe. Die zunehmende Zahl psychischer Erkrankungen belege dabei auch für die Zukunft die Notwendigkeit einer guten psychotherapeutischen Versorgung, wofür die Politik letztlich die Weichen stellen müsse.

Im ersten Fachbeitrag des Vormittags referierte Prof. Dr. Werner Wittmann (Universität Mannheim) neue Daten zur gesundheitsökonomischen Bedeutung von Psychotherapie. Er stellte die Ergebnisse mehrerer umfangreicher aktueller Studien vor. Die Ergebnisse dieser Studien zeigen, so Wittmann, einen immensen ökonomischen Vorteil, den Psychotherapie mit



Prof. Dr. Wittmann

sich bringt. So liege deren (konservativ) geschätzter Nutzen für jeden investierten Euro zwischen zwei und vier Euro. In einem Projekt konnte gezeigt werden, welche beachtlichen „Opportunitätskosten“, im Sinne von entgangenem Nutzen, durch Nicht- oder Fehlbehandlung entstehen können. Prof. Wittmann betonte, dass die Psychotherapie mit diesen Studien eine Vorreiterrolle im Gesundheitswesen einnehme und kritisierte zugleich, dass andere Maßnahmen aus gemeinsamen Kassen bezahlt würden, für deren Wirksamkeit keine belegte Evidenz bestünde. „Ich hoffe“, so Prof. Wittmann abschließend, „dass die Standesvertreter erkennen, welches Potenzial in solchen Qualitätsbemühungen steckt“.

Im zweiten Vortrag ging Prof. Dr. Dr. Uwe Koch (UKE Hamburg-Eppendorf) auf die aktuelle und künftige psychotherapeutische Versorgung ein.



Prof. Dr. Dr. Koch

Er skizzierte zunächst die Entwicklung der stationären psychotherapeutischen Versorgung. Derzeit würden sich in den drei Versorgungssystemen Psychosomatik, Psychiatrie und Psychosomatische Rehabilitation die Versorgungsangebote überlappen. Weitgehend ungeklärt sei dabei u. a. die Angemessenheit des Umfangs stationärer Behandlungen, die Spezifität der unterschiedlichen Versorgungsangebote (z. B. bzgl. diagnostischem Spektrum, Schweregrad, Chronifizierung) sowie die unterschiedliche Dichte und Qualität der Psychotherapie in psychiatrischen Krankenhäusern. Zur ambulanten psychotherapeutischen Versorgung durch psychologische und ärztliche Psychotherapeuten führte Prof. Koch aus, dass diese v. a. nach Inkrafttreten des PsychThG gut verankert sei. Dabei leisteten die Psychologischen Psychotherapeuten einen Großteil der Versorgung. Deutlich kritisierte Prof. Koch, dass Gruppentherapi-

en trotz nachgewiesener Wirksamkeit und verbesserter Honorierung kaum eingesetzt würden (ca. 1%). Ein weiteres Problem bestehe in den großen regionalen Unterschieden in der Versorgungsdichte. Es bedürfe eines deutlichen Ausbaus der psychotherapeutischen Versorgungsforschung. Neue Handlungsfelder könnten u. a. im Bereich der psychotherapeutischen Versorgung körperlich Kranker entstehen. Notwendig seien u. a. auch Bemühungen um Optimierung des PsychThG im Sinne eines einheitlichen Berufsbildes oder der Besserstellung der Psychotherapeuten in Ausbildung.



Sozialministerin Altpeter im Gespräch mit Herrn Dietrich (Kammergeschäftsführer), Herrn Lottermann (Sozialministerium) und Frau Göpel (Vorstandsmitglied)

Nach der Mittagspause, die von den Tagungsteilnehmern für einen regen fachlichen wie persönlichen Austausch genutzt wurde, ging Prof. Dr. Heiner Keupp, Universität München, in seinem Vortrag auf Verwirklichungschancen für Kinder und Jugendliche in einer globalisierten Welt ein.



Prof. Dr. Keupp

Der 2009 vorgelegte 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, den Keupp federführend mit verfasst hatte, habe sich erstmals mit gesundheitsbezogener Prävention und Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen befasst. In seinem Beitrag skizzierte er die Konzeptbausteine des Berichts. Maßnahmen müssten Antworten auf die Fragen beinhalten, in welche Gesellschaft Kinder und Jugendli-

che hineinwachsen und welche Ressourcen sie benötigten, um sich an dieser Gesellschaft aktiv beteiligen zu können. Prof. Keupp hob hervor, wie stark schicht- bzw. einkommensabhängig vor allem die psychische (und somatische) Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sei. Zentraler Anspruch aller Angebote müsse deshalb in der Verbesserung der Befähigungsgerechtigkeit und der lebensweltbezogenen Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe sein. Als wesentliche Herausforderungen für die Zukunft nannte Prof. Keupp die Notwendigkeit eines Präventions-, besser Gesundheitsförderungsgesetzes, die Priorität für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, die Förderung früher Entwicklungspotenziale von Kindern und Jugendlichen, die Notwendigkeit gesundheitsförderlicher Strukturen und Kooperationen in der Schule, die Überwindung gesellschaftlicher und politischer Ignoranz gegenüber den zunehmenden psychosozialen Problemen von Jugendlichen sowie die Förderung verbindlicher kooperativer Netzwerkstrukturen.

Die beiden letzten Beiträge des Landespsychotherapeutentages 2011 standen unter dem Motto: Psychotherapie in 5, 10 und 20 Jahren: Wie viel Entwicklung ist voraussagbar und wie könnte sie aussehen? Eingeladen hatte die LPK Baden-Württemberg hierzu Prof. Dr. Dr. Horst Kächele (International Psychoanalytic University Berlin) als „Psychodynamiker“ sowie Prof. Dr. Franz Caspar (Universität Bern) als „Integrativen Psychotherapeuten“.

„Nothing is more difficult than to predict the future“, und doch könnten Szenarien vorausgedacht werden. Dies tat Prof. Kächele auf sehr kreative Weise, er entwarf in seinem Vortrag eine Utopie einer vor allem technisch geprägten Psychotherapie. Psychotherapie werde noch mehr eine



Prof. Dr. Dr. Kächele

Domäne der Psychologischen Psychotherapeuten; vielleicht drängten auch andere Sozialberufe in das Gebiet (z. B. in den USA bereits schon viele akademisch qualifizierte Sozialarbeiter). Psychoanalytische Langzeittherapien würden noch seltener als jetzt schon angewandt. Die Nutzung der sogenannten Neuen Medien werde stark zunehmen (Telefon, Skype, Mensch-Maschine-Psychotherapie). Die Unterscheidung von Beratung, Coaching und Psychotherapie werde noch unschärfer werden. Wie werden wir mit der damit einhergehenden Identitätsdiffusion umgehen?

Auch Prof. Caspar betonte eingangs seines Vortrages, dass Blicke in die Zukunft naturgemäß mit einiger Unsicherheit behaftet seien. Nach zwei Dekaden der Konzentration auf die Frage des richtigen Ansatzes und der richtigen Technik werde die Person des Psychotherapeuten nun wieder vermehrt in den Vordergrund gestellt. Dabei sei ein Blick in andere Gebiete der Expertiseentwicklung aufschlussreich: Im Vergleich dazu hätten Psychotherapeuten besonders schlechte Voraussetzungen, um aus der Praxis zu lernen. Prof. Caspar beschäftigte sich u. a. mit der Frage, wie in Zukunft die Ausbildung und die tägliche Praxis zu gestalten seien, wenn Psychotherapeuten zugunsten ihrer Patienten Kompetenz entwickeln, erhalten und stei-

gern wollen. Er schenkte dabei dem Thema Misserfolge und Fehlentwicklungen in der Psychotherapie besondere Beachtung, ebenso wie der Herausforderung einer Diversifizierung des Angebots.

Prof. Caspar resümierte, dass psychische Störungen weiter zunehmen werden und die störungsspezifischen Ansätze an Grenzen stoßen werden. Ebenfalls relativiert würden künftig die RCTs, die nicht mehr länger alleiniger Goldstandard der Psychotherapieforschung sein könnten. Mehr praxisrelevante Forschung sowie auch mehr Forschung zu Misserfolgen in der Therapie seien erforderlich.



Prof. Dr. Caspar

In der anschließenden Podiumsdiskussion ging es vor allem um junge und in Ausbildung befindliche Psychotherapeuten. Die Referenten waren sich größtenteils einig, dass angehende Psychotherapeuten so früh wie möglich mit Patienten arbeiten sollten, um praktische Erfahrungen zu sammeln. Das bringe mehr, als ständig nur über Büchern zu brüten. Sie plädierten dafür, Psychotherapiepraxen an den Hochschulen einzurichten, damit Studenten vor Ort Kontakt zu Patienten hätten und früh ihren eigenen Stil finden könnten. Die dabei erhaltenen Rückmeldungen trügen erheblich zur späteren Professionalisierung bei.

Gespräch der Sozialministerin Katrin Altpeter mit den Präsidenten der Heilberufekammern

Nach einem Brief der Präsidenten der Heilberufekammern an den neuen Ministerpräsidenten Kretschmann hat Sozialministerin Katrin Altpeter die Präsidenten der Ärzte-, Zahnärzte-, Apotheker- und Psychotherapeutenkammer zu einem Gespräch über die aktuelle Gesundheits- und

Sozialpolitik eingeladen. Neben der anstehenden Aktualisierung der Gebührenordnungen nahm die Bedarfsplanung im geplanten Versorgungsstrukturgesetz breiten Raum im Gespräch ein. Begrüßt wurde die stärkere regionale Ausrichtung. Hierzu betonten die Präsidenten der Ärzte- und

der Psychotherapeutenkammer, Dr. Clever und Dr. Munz, dass beide Kammern in die Landesausschüsse einbezogen werden sollten. Die Ministerin interessierte sich zur Frage der Etablierung einer Pflegekammer für die Vor- und Nachteile einer Kammerbildung für diese Berufsgruppe.

Das Gespräch fand in einer offenen und vertrauensvollen Atmosphäre statt. Es wurde vereinbart, dass spezielle Fragen in einzelnen fachspezifischen Gesprächen vertieft werden sollen.



Gespräch der Sozialministerin Altpeter mit den Präsidenten der Heilberufekammern: Dr. Lenke (LZK); Sozialministerin Altpeter; Dr. Munz (LPK); Dr. Hanke (LAK), Dr. Clever (LÄK) (© LÄK, Dr. O. Erens)

Zukunft der Psychotherapeuten in Institutionen/Kliniken – Veranstaltung in Bad Waldsee

Der Vorstand der LPK BW sowie der Ausschuss Psychotherapie in Institutionen hatte am 8. Juni 2011 zu einer halbtägigen Veranstaltung für angestellte Psychotherapeuten in den Städtischen Rehabilitationskliniken in Bad Waldsee eingeladen, die mit über 50 Teilnehmern gut besucht war. Thema war die „Zukunft der Psychotherapeuten in Institutionen“ mit Fokus auf der Struktur- und Prozessqualität stationärer Versorgung und Rahmenbedingungen psychologisch-psychotherapeutischer Arbeit. Die Veranstaltung wurde von Dieter Schmucker und Dr. Roland Straub hervorragend organisiert. Dr. Rüdiger Nübling, Referatsleiter Psychotherapeutische Versorgung und Öffentlichkeitsarbeit der LPK BW, eröffnete die Veranstaltung mit einem Impulsreferat mit dem Thema „Psychotherapeutische Versorgung in Einrichtungen – ist das Psychotherapeutengesetz in den Kliniken

angekommen?“ Ausgehend von der Epidemiologie psychischer Erkrankungen in der Allgemeinbevölkerung und den Kosten psychischer Erkrankungen wurde auf der Grundlage einschlägiger Studien zur Effektivität und Wirksamkeit von Psychotherapie das volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Verhältnis hochgerechnet. Demgegenüber wurde kritisch betrachtet, dass in vielen klinischen Arbeitsbereichen der angestellten Psychotherapeuten die KollegInnen immer noch nicht entsprechend ihrer fachlichen Kompetenz auch Leitungsverantwortung einnehmen können. Nübling forderte eine deutliche Steigerung des Stellenwertes von PP und KJP in Kliniken und Krankenhäusern, aber auch in anderen Institutionen, z. B. Beratungsstellen. Dort würden noch lange nicht alle Stellen von approbierten Psychotherapeuten geleitet. Es schloss sich eine sehr engagierte und lange Diskussion an. Den

Vortrag finden Sie unter www.lpk-bw.de → Fachportal → Fachbeiträge → Vorträge aus der LPK → [nuebling_pt_versorgung_bad_waldsee_08062011.pdf](#).

In einem zweiten Impulsreferat ging Dr. Roland Straub auf die Entgeltsystematik (OPS) ein, u. a. zur Frage, wie die Kompetenzen und Leistungen der PP/KJP in den psychiatrischen/psychosomatischen Krankenhäusern derzeit genutzt werden. R. Straub ist Mitglied der Krankenhauskommission der BPtK, die sich fortlaufend mit der Weiterentwicklung und besseren Verankerung der psychotherapeutischen Leistungen von PP und KJP im OPS befasst und dazu konkrete Änderungsvorschläge erarbeitet und einbringt.

Einen ausführlicheren Bericht finden Sie auf der Kammerhomepage sowie im nächsten Newsletter.

Haushaltsabschluss 2010 sowie Haushaltsplan 2011 der LPK BW kann eingesehen werden

Der Jahresabschluss 2010 (nach §28 Abs. 3 der LPK-Hauptsatzung) sowie der Haushaltsplan 2011 (Hauptsatzung §27, Abs. 3) wird für interessierte Mitglieder in

der Zeit von 1. bis 30. November 2011 in der Geschäftsstelle der Kammer, Jägerstr. 40 in 70174 Stuttgart ausgelegt. Falls Sie diese Dokumente einsehen möchten, bit-

ten wir Sie um vorherige telefonische Terminvereinbarung.

Termine

Vertreterversammlungen der LPK-BW

Die nächsten Termine für die Vertreterversammlungen der LPK BW wurden wie folgt festgelegt: Freitag/Samstag, den 21./22.10.2011 sowie Samstag, den 24.03.2012.

Kinder psychisch kranker Eltern – zwischen Belastung und Widerstandskraft

Fachtagung der LPK BW
Samstag, 26.11.2011
Geno-Haus Stuttgart

Geschäftsstelle

Jägerstraße 40, 70174 Stuttgart
Mo – Do 9.00 – 12.00, 13.00 – 15.30 Uhr
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr
Tel. 0711 / 674470 – 0
Fax 0711 / 674470 – 15
info@lpk-bw.de; www.lpk-bw.de